

Hinweise zum Datenschutz im Hinweisgebersystem der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Wir möchten Sie über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems (HinSchG) aufklären, wenn Sie einen Hinweis per E-Mail, Telefonanruf, Brief oder persönlichem Erscheinen bei der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH abgeben. Daher lesen Sie sich diese datenschutzrechtlichen Hinweise vor der Abgabe einer Meldung bitte sehr aufmerksam durch.

1. Zweck des Hinweisgebersystems und der Datenverarbeitung

Das Hinweisgebersystem dient dazu, Hinweise von (mutmaßlichen) Gesetzes- oder schweren internen Regelverletzungen gegen die Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH auf einem sicheren und vertraulichen Weg entgegenzunehmen und zu bearbeiten.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems begründet sich auf das berechtigte Interesse der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH an der Aufdeckung und Prävention von Missständen und der damit verbundenen Abwendung von Schäden und Haftungsrisiken für unser Unternehmen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO i.V.m. §§ 30, 130 OWiG).

Betrifft ein eingegangener Hinweis einen Beschäftigten der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH, dient die Verarbeitung zudem der Verhinderung von Straftaten oder sonstigen Rechtsverstößen, die im Zusammenhang mit dem Beschäftigtenverhältnis stehen (§ 26 Abs. 1 BDSG).

Die Verarbeitung Ihrer Identifikationsdaten erfolgt auf Basis einer abzugebenden Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Der Widerruf der Einwilligung kann nur innerhalb eines Monats nach Erhalt der Meldung erfolgen, da die Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH verpflichtet ist, die beschuldigte Person über die gegen sie erhobenen Vorwürfe und durchgeführten Ermittlungen innerhalb dieser Zeit zu informieren.

Dazu gehört auch die Speicherung, die Art der Daten, die Zweckbestimmung der Verarbeitung, die Identität des Verantwortlichen und – soweit rechtlich erforderlich – des Meldenden, sodass eine Einstellung der Datenverarbeitung oder Löschung der Identifikationsdaten nicht mehr möglich ist. Die Widerrufsfrist kann sich verkürzen; z. B., wenn die Art der Meldung die unmittelbare Einschaltung einer Behörde oder eines Gerichts erfordert. Sobald eine Offenlegung gegenüber der Behörde oder dem Gericht erfolgt ist, befinden sich die Identifikationsdaten sowohl in den Verfahrensakten der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH als auch der Behörde oder des Gerichts.

2. Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Die Nutzung des Hinweisgebersystems erfolgt auf freiwilliger Basis. Wir erheben dabei folgende personenbezogene Daten und Informationen, wenn Sie eine Meldung abgeben:

- a. Ihren Namen, sofern Sie Ihre Identität offenlegen,
- b. Ihre Kontaktdaten, sofern Sie uns diese zur Verfügung stellen,
- c. die Tatsache, dass Sie eine Meldung über das Hinweisgebersystem getätigt haben,
- d. ob Sie in der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH beschäftigt sind und
- e. gegebenenfalls Namen von Personen sowie sonstige personenbezogene Daten der Personen, die in der Meldung genannt sind.

Die an das Hinweisgebersystem abgegebenen Daten sind passwortgeschützt und nur dem beauftragten Ombudsmann sowie seinen Vertretungen zugänglich. Der Ombudsmann prüft den gemeldeten Sachverhalt und führt gegebenenfalls eine weitergehende fallbezogene Sachverhaltsaufklärung durch. Dabei werden die Daten streng vertraulich behandelt. Bei Abgabe wissentlich falscher Hinweise, mit dem Ziel eine Person zu diskreditieren (Denunziation), oder dem Unternehmen zu schaden, kann die Vertraulichkeit allerdings nicht gewährleistet werden.

In bestimmten Fällen besteht für die Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH die datenschutzrechtliche Verpflichtung, die beschuldigte Person von den gegen sie erhobenen Vorwürfen zu informieren. Dies ist gesetzlich geboten, wenn objektiv feststeht, dass die Informationserteilung an den Beschuldigten die konkrete Hinweisaufklärung nicht mehr beeinträchtigen kann. Dabei wird Ihre Identität als Meldender – soweit rechtlich möglich – nicht offengelegt und es wird zusätzlich sichergestellt, dass dabei keine Rückschlüsse auf Ihre Identität möglich werden.

Wir achten stets darauf, dass die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bei der Weitergabe von Hinweisen eingehalten werden. Bei entsprechender gesetzlicher Verpflichtung oder datenschutzrechtlicher Erforderlichkeit für die Hinweisaufklärung ist unter bestimmten Umständen die Datenweitergabe an bspw. Strafverfolgungsbehörden, Kartellbehörden oder sonstige Verwaltungsbehörde erforderlich. Jede verantwortliche Stelle oder Person, die eine Meldung nach dem HinSchG bearbeitet, ist dem Datengeheimnis verpflichtet.

Personenbezogene Daten werden so lange aufbewahrt, wie es die Aufklärung und abschließende Beurteilung erfordert und ein berechtigtes Interesse des Unternehmens oder ein gesetzliches Erfordernis besteht. Danach werden diese Daten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gelöscht. Die Dauer der Speicherung richtet sich insbesondere nach der Schwere des Verdachts und der gemeldeten eventuellen Pflichtverletzung.

3. Ihre Rechte

Nach dem europäischen Datenschutzrecht haben Sie und die im Hinweis genannten Personen das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und in bestimmten Fällen das Recht auf Datenübertragung. Außerdem können Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen, sofern die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse oder auf der Grundlage einer Interessenabwägung erfolgt. Der Widerspruch kann formfrei eingereicht werden und sollte möglichst an die in diesem Datenschutzhinweis aufgeführten Kontaktdaten erfolgen.

Wird das Widerspruchsrecht in Anspruch genommen, prüfen wir umgehend, inwieweit die gespeicherten Daten, insbesondere für die Bearbeitung eines Hinweises, noch erforderlich sind. Nicht mehr benötigte Daten werden unverzüglich gelöscht.

Sie können zudem jederzeit Ihre Einwilligung widerrufen. Bitte beachten Sie in diesem Zusammenhang die Informationen unter Punkt 1. Ihnen steht außerdem ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Aufsichtsbehörde zu, z.B. Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, <https://www.lfd.niedersachsen.de/>

4. Ihr Ansprechpartner

Die Ansprechpartner für die Ausübung Ihrer Rechte und weitergehender Informationen finden Sie unter <https://www.vhs-whv.de/datenschutz> Unser Datenschutzbeauftragter steht Ihnen als Ansprechpartner für datenschutzbezogene Anliegen zur Verfügung:

Datenschutzbeauftragter der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH:
Wolfgang Hockmann, HOCQUA, Telefon: 0157 74651496, E-Mail: hockmann@hocqua.de